

Polen

Ryszarda Formuszewicz

Zwar war Polen von der Migrationskrise nicht unmittelbar betroffen, trotzdem löste sie eine heftige innerstaatliche Debatte aus. Die anstehende Richtungsentscheidung Großbritanniens bezüglich der Mitgliedschaft in der Europäischen Union zog immer mehr Aufmerksamkeit auf sich. Sie war für Polen insbesondere wegen der starken Abwanderung dorthin nach 2004 relevant. Für die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) spielte Großbritannien außerdem als Zentrum alternativen Denkens zum föderalistischen Paradigma der europäischen Integration eine wichtige Rolle.

Innenpolitik

Nach acht Regierungsjahren wurde die liberale Bürgerliche Plattform (PO) in der Gunst der Wähler von der konservativen PiS überholt. Die politische Wende wurde mit der Wahl des Staatspräsidenten im Mai 2015 eingeleitet, als der PiS-Kandidat Andrzej Duda den amtierenden Präsidenten Bronisław Komorowski besiegte. In den Parlamentswahlen am 25. Oktober verlor die PO deutlich mit einem Ergebnis von 24,09 Prozent (-15,09). Zum ersten Mal nach 1989 wurde die Siegerpartei PiS mit 37,58 Prozent (+7,68) der Stimmen stark genug, um selbst die Regierung zu stellen. Der Einzug in den Sejm gelang außerdem zwei Newcomern: Kukiz'15 (8,81 Prozent) und die Moderne (Nowoczesna, 7,60 Prozent). Der bisherige Koalitionspartner, die Bauernpartei PSL, lag nur knapp über der Sperrklausel (5,13 Prozent), während der Zusammenschluss linker Parteien die hierfür vorgesehene 8 Prozent-Hürde nicht erzielte (7,55 Prozent). Im Senat gewann die Partei PiS 61 von 100 Mandaten. Die neue politische Landschaft wird daher durch die verhältnismäßige Stärke der Regierungspartei und die Schwäche der Opposition gekennzeichnet sein.

Nach dem Machtwechsel hielt sich der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński von den offiziellen Ämtern fern. Zur Regierungschefin wurde Beata Szydło gekürt. Das Außenministerium übernahm Witold Waszczykowski – ein Berufsdiplomate mit einem ausgeprägten transatlantischen Profil. Mit den Europaangelegenheiten wurde Staatssekretär Konrad Szymański betraut, der vorher ein Jahrzehnt lang Europaabgeordneter war. Der Staatspräsident holte sich den ausgewiesenen Experten Krzysztof Szczerski als außenpolitischen Berater. Eine zentrale Rolle wurde dem neuen Ministerium für Entwicklung zuteil, an dessen Spitze als stellvertretender Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, bis dahin Vorstandsvorsitzender der drittgrößten Bank des Landes, gestellt wurde. Das Hauptanliegen der PiS ist, die Falle des mittleren Einkommensniveaus zu überwinden. Diese ehrgeizigen Pläne, Industrie und Innovationskraft zu stärken, gehen einher mit einer massiven Anhebung der Sozialausgaben, die den Staatshaushalt stark unter Druck setzen werden.

Die PiS fing zügig mit der Umsetzung des erklärten Ziels an, den Staat durch einen grundsätzlichen Umbau zu festigen. Richtungsweisend war dabei ihre kritische Haltung zum Verlauf sowie zu den Auswirkungen der Transformationsprozesse nach 1989, die jetzt korrigiert werden sollen. Dabei erwies sich die Regierungspartei, nach mehrjähriger

Auszeit in der Opposition, als durchsetzungsstark und entwickelte ein hohes Maß an Selbstbehauptung mit Berufung auf das demokratische Mandat.

Europäisierung der innenpolitischen Auseinandersetzung

Die innenpolitische Entwicklung in Polen wurde zum strittigen Thema der Beziehungen zwischen Warschau und Brüssel. Die von der Opposition stark kritisierten Gesetzesvorhaben der PiS riefen in den europäischen Institutionen Bedenken hervor, die vor allem den Konflikt um das polnische Verfassungsgericht,¹ aber auch andere Maßnahmen betrafen, insbesondere mit Blick auf die öffentlich-rechtlichen Medien, das Justizsystem und den öffentlichen Dienst. Der diesbezügliche Briefaustausch zwischen dem ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Frans Timmermans und polnischen Ministerien, insbesondere mit dem Justizminister Zbigniew Ziobro, erhöhte die Spannungen. Am 13. Januar beschloss die Kommission, das im Jahre 2014 vorgeschlagene Verfahren zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips gegen Polen einzuleiten. Diese Präzedenzentscheidung traf die Kommission anhand allgemeiner Informationen, ohne über rechtliche Gutachten zu verfügen.² Daraufhin versuchte die PiS-Regierung sich dialogbereit zu zeigen, ohne jedoch in der Sache einzulenken. Die Ministerpräsidentin erklärte den Standpunkt der Regierung vor dem Europäischen Parlament.³ Nachdem das Gutachten der vom polnischen Außenministerium ersuchten Venedig-Kommission kritisch ausfiel,⁴ weigerte sich die Regierung, die Entscheidungen des Verfassungsgerichts zu veröffentlichen und bezüglich der doppelten Ernennung von Verfassungsrichtern nachzugeben. Dabei hielten gesellschaftliche Proteste gegen das Vorgehen der Regierung an. So sah die Kommission, trotz des Austausches auf verschiedenen Ebenen, keine konkreten Schritte zur Beilegung des Streites und forderte die Regierung am 18. Mai auf, sie innerhalb von fünf Tagen über die erheblichen Lösungsfortschritte zu unterrichten.⁵ Die Regierungspartei antwortete auf das Ultimatum mit der innenpolitischen Mobilisierung durch die Erklärung der Ministerpräsidentin im Sejm und den parlamentarischen Beschluss zur Verteidigung der Souveränität.⁶ Letztlich wurde am 1. Juni die Stellungnahme zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen verabschiedet. Auf diese ‚Warnung‘ sollte die polnische Regierung reagieren, sonst war die Entscheidung der Kommission über die zweite Stufe des Verfahrens in Sicht. Das Ansehen Polens wurde von der kritischen Entschließung des Europäischen Parlaments beschädigt.⁷

1 Mehr zum dem Streit vgl. Ewa Łętowska/Aneta Wiewiórowska-Domagalska: A "good" Change in the Polish Constitutional Tribunal?, in: Osteuropa-Recht 1/2016, S. 79-93; Bogusław Banaszak: The Changes to the Act on the Constitutional Tribunal and the Changes in the Make-up of the Constitutional Tribunal in Poland, S. 94-102.

2 Grzegorz Osiecki/Zbigniew Parafianowicz: Brukselski blef. Procedura wobec Polski wszczęta bez eksperytyz, in: Dziennik.pl, 25.5.2016, abrufbar unter: <http://wiadomosci.dziennik.pl/polityka/artykuly/521610,brukselski-blef-procedura-wobec-polski-wszczeta-bez-ekspertyz.html> (letzter Zugriff: 30.06.2016).

3 Europäisches Parlament: Polen: Debatte zur Rechtsstaatlichkeit mit Ministerpräsidentin Szydło, Pressemitteilung, 19. Januar 2016.

4 Venice Commission: Opinion on amendments to the Act of 25 June 2015 on the Constitutional Tribunal of Poland, adopted by the Venice Commission at its 106th Plenary Session, 11 March 2016, Dok. CDL-AD(2016)001.

5 Europäische Kommission: Kollegium erörtert Entwurf einer Stellungnahme zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen, Pressemitteilung, 18.5.2016, Dok. IP/16/1828.

6 Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 20 maja 2016 r. w sprawie obrony suwerenności Rzeczypospolitej Polskiej i praw jej obywateli, M.P. 2016 poz. 466.

7 Europäisches Parlament: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. April 2016 zur Lage in Polen (2015/3031/(RSP)), Dok. P8_TA-PROV(2016)0123.

Die PiS-Regierung vertrat standhaft die Ansicht, dass es sich um eine interne Angelegenheit handele. Die ergriffenen Maßnahmen würden einen Versuch darstellen, die Deformationen zu korrigieren, die durch die Handlungen der vorherigen Regierung verursacht wurden.⁸ In Einklang mit dem juristischen Dienst des Rates der Europäischen Union betonte man, dass das Verfahren der Europäischen Kommission außerhalb des vertraglichen Rahmens geschaffen wurde.⁹

Europapolitische Leitlinien, Partnerschaften und Zukunftsvisionen

Der kritischen Beurteilung der Vorgänger in der Außen- und Europapolitik folgte eine Neubestimmung der Prioritäten. Die PiS setzte auf eine Allianz mit Großbritannien und auf regionale Kooperation mit mittel- und osteuropäischen Staaten.¹⁰ Die integrierte mitteleuropäische Region sollte die strategischen Perspektiven Polens erweitern, anstatt bisherige Partnerschaften zu ersetzen.¹¹ Dabei wurden die traditionellen Verbindungen innerhalb der Visegrád-Gruppe ansatzweise in einem breiteren Konzept der regionalen Zusammenarbeit im Raum zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Adria eingebettet. Man erhoffte sich, durch diese Kooperation sowohl die NATO als auch die Europäische Union auf die nordöstliche Dimension der europäischen Sicherheit zu sensibilisieren.¹² Das Streben nach Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Sicherheit Polens in der NATO stellte das Hauptanliegen der PiS-Regierung dar. Dementsprechend fokussierten sich die diplomatischen Anstrengungen auf die Vorbereitungen des für Anfang Juli 2016 geplanten Bündnisgipfels.

Sicherheitspolitisch begründet war auch die angestrebte Annäherung mit Großbritannien wegen dessen Beitrag zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Europäischen Union sowie der kritischen Haltung gegenüber der russischen Destabilisierungspolitik.¹³ Für engere Kooperation sprachen auch die geteilten Vorstellungen über die europäische Integration, die auf alternativen Konzepten zum Zentralismus und Föderalismus basieren und den Binnenmarkt in den Mittelpunkt stellen. Die PiS setzte schon in den Regierungsjahren 2005 bis 2007 auf die Kooperation mit den konservativen Tories und schloss sich dann der von ihnen gegründeten eurorealistischen Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier an. Diese Hinwendung zu London war jedoch wegen des Referendums über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union mit erheblichen Risiken behaftet. In den langwierigen Verhandlungen eines Reformpakets, mit dem ein Austritt verhindert werden sollte, gehörten die Kürzungen der Sozialleistungen für Migranten aus anderen Mitgliedstaaten zu den umstrittensten Fragen. Dabei fielen der polnischen Regierung die Kompromisse angesichts der zahlreich nach Großbritannien ausgewanderten polnischen Bürgerinnen und Bürgern nicht leicht. Polen kämpfte gegen

8 Witold Waszczykowski: Wir wollen führende Rolle beim Aufbau eines stärkeren Europas, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.1.2016.

9 Siehe Rat der Europäischen Union: Gutachten des Juristischen Dienstes des Rates, 27. Mai 2014, Dok. 10296/14.

10 Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland: Information of the Minister of Foreign Affairs on the Polish Government's foreign policy in 2016, 29.1.2016, abrufbar unter: http://www.ms.gov.pl/en/ministry/minister/speeches/address_by_the_minister_of_foreign_affairs_on_foreign_policy_in_2016 (letzter Zugriff: 30.06.2016).

11 Konrad Szymański im Gespräch: Ratujmy z Niemcami Unię Europejską, in: Rzeczpospolita, 19.5.2016.

12 Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland: Information of the Minister of Foreign Affairs on the Polish Government's foreign policy in 2016, 2016.

13 Vgl. Szymański: Ratujmy z Niemcami Unię Europejską.

Einschränkungen des Binnenmarkts bezüglich der Personenfreizügigkeit, war jedoch offen gegenüber anderen britischen Vorschlägen. Diese Einstellung spiegelte auch die tiefe Überzeugung wieder, dass eine Anpassung der Europäischen Union an die veränderten Rahmenbedingungen unausweichlich sei. Seit dem Referendum ist der Wunsch Warschaws nach einer tieferen Partnerschaft mit London einem ‚Realitätstest‘ unterzogen. Im polnischen Interesse ist es, dass der Austrittsprozess ruhig verläuft und dass die gegenseitigen Verbindungen möglichst eng bleiben.

Für die europapolitischen Positionen der PiS ist jedoch entscheidend, dass sie sich in ihrer ‚realistischen‘ Diagnose der europäischen Integration bestätigt sieht. Großer Wert wird darauf gelegt, das Brexit-Votum nicht als bloßen Betriebsunfall zu behandeln, sondern als Ergebnis einer langfristigen Entwicklung.¹⁴ Zwar steht die PiS der Europäischen Union kritischer gegenüber als die zur EVP-Familie gehörenden PO, nichtsdestotrotz teilt sie die Sorge angesichts einer drohenden Erosion der europäischen Integration. In der Überzeugung, dass „das Streben nach einem föderalen Europa (...) den Zerfall der EU näherbringen kann“¹⁵, will die PiS bezüglich weiterer Integrationsschritte auf die Bremse treten. Dabei wird die polnische EU-Mitgliedschaft nicht infrage gestellt,¹⁶ auch wenn bestimmte Aspekte heftig kritisiert werden und eine Reform als unausweichlich gilt. Polnische Politiker haben sogar die Idee eines neuen Vertrages mit wesentlicher Modifizierung des Kompetenzgefüges zugunsten des Europäischen Rates gegenüber der Europäischen Kommission ins Spiel gebracht.¹⁷ Als ein Regress und eine Schwächung der Union wurden jegliche Ideen der verkleinerten Kooperationsgruppierungen (Stichworte: zwei Geschwindigkeiten, Kerneuropa, Mini-Europa, Mini-Schengen) angesehen. Für Unruhe sorgten insbesondere Szenarien der Vertiefung der Integration, die auf die Eurozone begrenzt wären. In diesem Kontext hat Warschau das Ministertreffen der Gründungsstaaten in Berlin am 25. Juni wahrgenommen und antwortete mit einer Einladung zu einem alternativen Diskussionskreis.¹⁸

Migrationskrise

Die Verschärfung der Migrationskrise in Europa kam in einer Zeit, als der Wahlkampf vor der Parlamentswahl auf Hochtouren lief. Dabei war die Skepsis bezüglich der Chancen auf eine gelungene Integration der Migranten in der Gesellschaft weit verbreitet, was wesentlich zur inhaltlichen Gestaltung der polnischen Position beitrug. Sowohl die PO als auch die PiS schlossen einen permanenten Verteilungsmechanismus aus. Dies wurde am 1. April 2016 in einem Beschluss des Sejm festgelegt.¹⁹ Abgelehnt wurde jedoch der Vorschlag der Fraktion Kukiz'15, vor der Aufnahme von Flüchtlingen ein Referendum abzuhalten.

14 Stefan Batory Foundation: Konrad Szymański während der Debatte „Europapolitik der PiS-Regierung“, 10.6.2016, abrufbar unter: http://www.batory.org.pl/programy_operacyjne/otwarta_europa/monitoring_polskiej_polityki_zagranicznej/wydarzenia_16/polityka_europejska_rzadu_prawa_i_sprawiedliwosci (letzter Zugriff: 30.6.2016).

15 Witold Waszczykowski: Mit der Hand auf dem Herzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.4.2016.

16 Rzeczpospolita: Kaczyński: Być w Europie, to być w UE, 2.5.2016, abrufbar unter: <http://www.rp.pl/Prawo-i-Sprawiedliwosc/160509905-Kaczynski-Byc-w-Europie-to-byc-w-UE.html> (letzter Zugriff: 30.6.2016).

17 Andrew Rettman: Poland to push for 'radical' new EU Treaty, in: EUobserver.com, 28.6.2016.

18 Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland: Meeting of EU foreign ministers in Warsaw, 28.6.2016, abrufbar unter: http://www.msz.gov.pl/en/p/msz_en/news/meeting_of_eu_foreign_ministers_in_warsaw (letzter Zugriff: 30.6.2016).

19 Uchwała w sprawie polityki imigracyjnej państwa polskiego na forum Unii Europejskiej, M.P. 2016 poz. 370.

In den Verteilungsmechanismen sah man einen Pull-Faktor. Vor allem bezweifelte man deren Durchsetzbarkeit ohne begleitende Zwangsmaßnahmen, die die Flüchtlinge in den jeweiligen Ländern halten sollten. Den Vorschlägen der Kommission hielt man entgegen, dass die Unterschiede in den Aufnahmekapazitäten zwischen den Mitgliedstaaten nicht ausreichend berücksichtigt seien. So beriefen sich polnische Politiker auf fehlende Erfahrungen mit Zuwanderern, ungünstigen Perspektiven auf dem hiesigen Arbeitsmarkt und einer potenziellen Migrationswelle aus der Ukraine. Eine exponierte Rolle spielten sicherheitspolitische Erwägungen und noch mehr die Entschlossenheit, die eigene Entscheidungsmacht in der Asylpolitik zu bewahren. Unter diesem Aspekt fand man, dass das meist von deutscher Seite erhobene Solidaritäts-Argument dieses Kernanliegen außer Acht lasse: „Nicht als Solidarität lassen sich allerdings die Versuche einer Art Export von Problemen bezeichnen, die sich bestimmte Staaten ohne Beteiligung anderer geschaffen haben, wobei letztere aber mit ihnen belastet werden sollen“.²⁰ Als die PO-Regierung im September immerhin abweichend von den Visegrád-Partnern einem Notumsiedlungsmechanismus zustimmte, wurde dies hauptsächlich der Rücksichtnahme auf die deutsch-polnischen Beziehungen zugeschrieben. Polen wurde insgesamt zur Aufnahme von circa 7.000 Flüchtlingen verpflichtet, die Nachfolgeregierung tat sich aber mit der Umsetzung schwer.²¹ Sie entschied sich, die beim Gerichtshof der Europäischen Union anhängigen Nichtigkeitsklagen der Slowakei und Ungarns gegen den Verteilungsbeschluss zu unterstützen.

Mit Besorgnis wurden in Warschau die Risiken für das Schengen-System betrachtet. Nach polnischer Ansicht ist ein Paradigmenwechsel vom inneren Krisenmanagement zur Ursachenbekämpfung nötig. Der Migrationsdruck soll vor allem durch den Schutz der Außengrenzen verringert werden. Dementsprechend unterstützte Polen die Einigung mit der Türkei und stellte Grenzschutz- und Polizeibeamte als Beistand für Mazedonien, Bulgarien und Griechenland im Rahmen von Frontex zur Verfügung.

Wirtschafts- und Energiepolitik

Polen wirkte entschlossen den jeweiligen Maßnahmen entgegen, die man als Bedrohung für die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes beurteilte. Dies war der Fall des im März vorgelegten Vorschlags bezüglich der Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern. Es gelang, eine Koalition der ähnlich denkenden Mitgliedstaaten zu schmieden. Die nationalen Parlamente von elf Mitgliedstaaten (Bulgarien, Dänemark, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn) übermittelten begründete Stellungnahmen, wodurch der Subsidiaritätskontrollmechanismus („gelbe Karte“) am 10. Mai 2016 ausgelöst wurde. In diesem Fall ist jedoch von dem Einlenken der Europäischen Kommission nicht auszugehen, und die Kritiker der Neuregulierung sind nicht im Stande, den Vorschlag im Rat der Europäischen Union zu blockieren. Hand in Hand dagegen agierten die polnische Regierung und die Europäische Kommission gegen Mindestlohnregelungen im internationalen Transport und Transit in Deutschland und Frankreich.

Eine besondere Rolle spielten die EU-Institutionen im polnischen Widerstand gegen die geplante Pipeline „Nord Stream 2“. Polen konnte neun Partner in der Region für einen

20 Bundeszentrale für politische Bildung: Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Beata Szydło vor dem Sejm am 18. November 2015, 1.12.2015, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/polen/216738/dokumentation-regierungserklaerung-von-ministerpraesidentin-beata-szydo> (letzter Zugriff: 30.6.2016).

21 Izabela Kacprzak: Uchodźca nie przejedzie, in: Rzeczpospolita, 9.5.2016.

gemeinsamen Brief an die Europäische Kommission mobilisieren (Visegrád-Gruppe, baltische Staaten, Rumänien und Kroatien). Dieser regionale Widerspruch führte dann auch zur kritischen Debatte über das umstrittene Projekt im Europäischen Parlament.²² Eine weitgehende Kontinuität in der Energiepolitik war generell mit dem Einsatz für die Sicherung der Energieversorgung durch die Nutzung eigener Kohleressourcen sowie die Diversifizierung von Lieferungen zu verzeichnen. Die polnische Regierung unterstützte den ehrgeizigen Ansatz des sogenannten Winterpaketes. Ihr lag sehr viel an der regionalen Kooperation und Solidarität im Krisenfall (Präzisierung von Krisenplänen) sowie an der Steigerung der Transparenz des Gasmarkts (Einsicht in Verträge vor deren Abschließen), was von Anfang an mit dem Konzept der Energieunion verfolgt wurde. Im Bereich der Erneuerbaren Energien werden gegenwärtig Präferenzen für stabile Quellen deutlich. An neuen, strengeren gesetzlichen Regeln für die Erzeugung von Windkraft wurde kritisiert, dass sie diskriminierend wirken und die Erfüllung von klimapolitischen EU-Zielen gefährden.

Am 1. Mai 2016 lief die Übergangsfrist für die Beschränkungen zum Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken durch EU-Ausländer ab. Mit neuen Regelungen wurden die allgemeinen (auch polnische Erwerber betreffenden) Voraussetzungen für den Verkehr mit Agrarflächen erheblich erhöht, um Spekulationsgeschäfte zu verhindern und landwirtschaftliche Bewirtschaftung durch private Landwirte zu fördern.²³

Die Euroeinführung, die schon die PO-Regierung bremste, ist mit der Regierungsübernahme der PiS in weite Ferne gerückt. Polen erfüllt drei der fünf Konvergenzkriterien.²⁴

Fazit

Der Regierungswechsel erfolgte parallel zur Intensivierung besorgniserregender Tendenzen innerhalb der Europäischen Union. Demzufolge muss die PiS unter schwierigeren europapolitischen Rahmenbedingungen agieren. Nach dem britischen Referendum geriet die gewünschte Annäherung mit Großbritannien ins Wanken, eine generelle Schwächung des Lagers der ‚Eurorealisten‘ war die Folge. Angesichts der ungünstigen Entwicklung möchte die PiS umso mehr aktiv zur Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union beitragen. Dieser Gestaltungswille spiegelt die Anerkennung der Bedeutung der europäischen Integration für den Zusammenhalt des Westens wieder. In seiner Grenzlage hat Polen ein starkes Interesse an der Stabilisierung des europäischen Projekts sowie an der Wahrung seiner Reichweite und Offenheit.

Auf die Auseinandersetzung bezüglich der Rechtsstaatlichkeit reagierte die polnische Regierung mit einem Mix aus Dialog und Selbstbehauptung. Die scharfe Rhetorik resultiert aus der langen Oppositionszeit und dient dem Ziel, den eigenen Machtanspruch abzusichern. Infolge der Europäisierung des Konflikts um das Verfassungsgericht wurde ‚Brüssel‘ Teil des innenpolitischen Diskurses.

Weiterführende Literatur

Marek A. Cichocki, Polen neu denken. Europabild und Europapolitik der PiS. In: Osteuropa 1–2, 2016, S. 191–200

22 Europäisches Parlament: Abgeordnete äußern ernste Bedenken über geplante Nord Stream II-Pipeline, Pressemitteilung, 10.5.2016.

23 Das Gesetz von 14. April 2016 über die Einstellung des Verkaufs von Böden des öffentlichen Agrarflächenbestands und über die Änderung einiger sonstiger Gesetze, (GBl. 2016 Pos. 585).

24 Europäische Kommission: Factsheet. Konvergenzbericht 2016: Bewertung von Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Erfüllung der Voraussetzungen für die Einführung des Euro, Brüssel, 7. Juni 2016.